

Weiss die Regierung am besten, wie zu entscheiden ist?



Wer sich gegen eine Abstimmungsbeeinflussung der Bürgerinnen und Bürger durch Behördenpropaganda verwahrt, wird unweigerlich mit dem Argument konfrontiert, die Bürger hätten doch ein Recht darauf, die Meinung ihrer Regierung zu kennen. Diese sei mit der Sache am besten vertraut und wüsste daher am ehesten, was sinnvollerweise zu entscheiden sei.

Ist die Regierung tatsächlich am besten informiert, dann stimmt mit unserer Direkten Demokratie etwas nicht mehr!

Die Demokratie basiert doch auf der Volkssouveränität; d.h. darauf, dass das Volk mit der Sache vertraut ist und in seiner Gesamtheit am besten weiss, was sinnvollerweise zu entscheiden ist. Dazu brauchen die Bürgerinnen und Bürger faire und ehrliche Information. Solange die Regierung mit der Sache am besten vertraut ist und nicht die Stimmberechtigten, hat die Regierung ihrer Informationspflicht nicht Genüge getan. Eine Regierung, die das Wissen für sich behält, gerät leicht in Verdacht, das eigene Wohl vor dasjenige der Bürgerinnen und Bürger zu stellen; denn Wissen ist Macht!

Und hier sind wir am springenden Punkt. Information ist eine einfache Aufklärung – und diese tut dringend Not! Demgegenüber basiert jede Abstimmungsbeeinflussung auf Behördenpropaganda, welche den Stimmberechtigten die passende «Information» wohllosiert, sozusagen häppchenweise zum richtigen Zeitpunkt liefert. Darauf können wir sehr gut verzichten!

Die Direkte Demokratie lebt vom Respekt vor der freien Willensbildung und der unverfälschten Stimmabgabe der Stimmberechtigten. Dieser Respekt vor der Gewaltentrennung und damit vor dem Souverän als oberste Kraft im Staate scheint unserer Regierung heute zu fehlen. Den Respekt vor dem Souverän kennt unsere Bundesverfassung, welche die freie Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger und die unverfälschte Stimmabgabe bei Volksabstimmungen garantiert (Art. 34 Abs. 2 der BV). Auch das Bundesgericht zollt dem Souverän Respekt, wenn es in konstanter Praxis die Behörden mahnt, nicht in den Abstimmungskampf einzugreifen, oder höchstens nur dann, wenn triftige Gründe dafür vorliegen. Kein triftiger Grund ist jedenfalls die Absicht, die Stimmbür-

ger zur Annahme einer Abstimmungsvorlage zu bewegen.

Die Aufgabe der Regierung besteht nicht darin, die Gesellschaft auf ein bestimmtes Ziel hin zu führen und dafür zu sorgen, dass in Volksabstimmungen das «richtige» Ergebnis zustande kommt. In einer Demokratie sind nämlich alle Menschen gleichberechtigt und deshalb alle Meinungen gleichwertig. Es gibt nicht «richtige» und «falsche», sondern einfach unterschiedliche politische Meinungen. Die Auffassung, die Meinung der Regierung sei die richtige und es gehe in der Volksabstimmung nur noch darum, dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, ist im Ansatz undemokratisch. Sie stellt

das Verhältnis zwischen Volk und Regierung auf den Kopf und entspricht einem autoritären Führerstaat.

Wenn der Bundesrat im Abstimmungskampf als Partei auftritt und für die seines Erachtens «richtige» Meinung kämpft, dann wird die Volksabstimmung zwangsläufig zu einem Plebiszit für oder gegen den Bundesrat. Dies entspricht nicht unserem staatsrechtlichen System.

VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER


Dr. Markus Erb, Präsident

Der «Verein Bürger für Bürger» fordert die Erziehungsdirektoren der Schweizer Kantone in einem offenen Brief auf, den im Lehrplan 21 geplanten Sexualunterricht ab Kindergarten, nach Vorgabe der Fachhochschule für Soziale Arbeit, Luzern, unverzüglich zu stoppen.

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte,

Mit Bestürzung und Empörung hat der Verein «Bürger für Bürger» vom Vorhaben Kenntnis genommen, das Schulfach Sexualunterricht ab dem Kindergarten in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Der Verein «Bürger für Bürger» hat daher an seiner Veranstaltung vom 26. Juni 2010 mit Zustimmung von über 5'000 Bürgerinnen und Bürgern die beigelegte Resolution gefasst. Hauptziel dieser Resolution ist es, das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu garantieren. Der von der Fachhochschule für Soziale Arbeit Luzern ausgearbeitete Unterrichtsstoff kann den Anforderungen an den Lehrplan 21 in keiner Weise genügen. In der heutigen Form dient er der Ideologisierung unserer Schuljugend entsprechend der Gender-Philosophie, welche Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als politische Institutionen versteht, die gekennzeichnet durch Machtverhältnisse angeblich die Basis des Kapitalismus sein soll. Eine totale Gesellschaftsveränderung mit Zerstörung der natürlichen Familien ist das Ziel.

Der Verein Bürger für Bürger wird dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Die Jugend ist die Zukunft unserer Gesellschaft. Geben wir ihr die Möglichkeit, in gesunden Familien aufzuwachsen. Es ist Aufgabe der Schule, diese Jugend auszubilden, eine Ideologisierung hat darin keinen Platz.

Wir fordern die Erziehungsdirektoren unmissverständlich auf, den Lehrplan 21 entsprechend zu gestalten. Wir danken Ihnen für eine korrekte Gestaltung.

Verein «Bürger für Bürger»

Der Präsident: *Dr. Markus Erb* Der Aktuar: *Paul Meier*



Themen in dieser Ausgabe:

Weiss die Regierung am besten, ...	S. 1
Offener Brief an die Erziehungsdirektoren	S. 1
Nationaler Zukunftstag: Gender-Erziehung	S. 2
Lehrplan 21: Gender-Konzept – oder ...	S. 2
Die Abstimmung ...	S. 2
Rückblick auf die Veranstaltung vom 2.10.10	S. 3
Sind Sie gegen Informationen über Sexualität?	S. 3+4
Bürgerinnen und Bürger schreiben ...	S. 4

Nationaler Zukunftstag: Gender-Erziehung in der Schule.

Andrea Fousseni foussan@gmx.ch

Zitat aus der Homepage www.nationalerzukunftstag.ch:

«Der Zukunftstag will – wie sein Name sagt – die Zukunft gestalten. Mädchen und Jungen wechseln die Seiten; dadurch lernen sie untypische Arbeitsfelder und Lebensbereiche kennen und machen Erfahrungen fürs Leben. Auf diese Weise öffnen sich Horizonte. Mädchen und Jungen bekommen Mut und Selbstvertrauen, ihre Zukunft losgelöst von starren Geschlechterbildern an die Hand zu nehmen. Der Nationale Zukunftstag fördert damit frühzeitig die Gleichstellung von Frau und Mann bei der Berufswahl und bei der Lebensplanung. ...»

Entstanden ist der Nationale Zukunftstag vor zehn Jahren als «Nationaler Tochtertag». Initiiert wurde er im Jahre 2001 im Rahmen des Lehrstellenprojektes 16+ von der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten.

Der Zukunftstag richtet sich an die Schulkinder der 5. –7. Klasse. An diesem Tag sollen Mädchen Männer an ihre Arbeitsstelle begleiten. Das können Verwandte oder Bekannte sein. Zudem werden Projekte angeboten: für die Mädchen Technik- und Informatikprojekte, für die Jungen Projekte in KiTas und Altersheimen oder Hausmänner, die von ihrem interessanten Leben zu Hause berichten. Die Lehrer sollen die gemachten Erfahrungen im Unterricht aufgreifen, mit dem Ziel, die starren Geschlechterbilder aufzuweichen...

Im Leitfaden für die Lehrer (ebenfalls auf dieser Homepage unter Downloads zu finden) wird auf S.9 der Bezug zum Lehrplan gemacht:

-> Der Nationale Zukunftstag ist ein Projekt, um die Gleichstellung von Frau und Mann bei der Berufswahl und Lebensplanung frühzeitig und kontinuierlich zu fördern. Um dies zu erreichen, bietet der Zukunftstag Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit, im Hinblick auf ihre eigene Berufswahl die Themen Arbeitswelt, Gleichstellung, Geschlechterrollen, stereotype Rollenvorstellungen, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Erwartungen an den eigenen Beruf reflektieren zu können.

-> Der Lehrplanbezug der am Zukunftstag bearbeiteten Inhalte lässt sich beim Lehrplan 21, zum einen zu einzelnen Fachbereichen, zum anderen zu überfachlichen Themen und Kompetenzen, herstellen (vgl. Grundlagen für den Lehrplan 21):

... Überfachliche Themen:

Neben anderen werden im Lehrplan 21 die berufliche Orientierung, Gender und Gleichstellung sowie Wirtschaft und Konsum als überfachliche Themen genannt. Die Einarbeitung der Gender- und Gleichstellungsperspektive

ist bei allen Fachbereichen explizit vorgesehen.

Fazit: Der Nationale Zukunftstag ist kein harmloses Projekt! Er ist aktive Gender-Erziehung unserer Kinder und vor allem auf Kosten der Jungs. Sie sollen in ihren ersten Kontakten zur Berufswelt mit Jobs in Berührung kommen, die ihnen schlechtere Zukunftschancen bieten. Ist das die Art der Gleichberechtigung, die angestrebt wird?

Ebenfalls kritisch ist der Lehrplanbezug. Der Lehrplan 21 ist immer noch in der Ausarbei-

tungsphase – kein Kanton ist diesem Lehrplan verpflichtet! Warum sollen also die Schulen ein Projekt unterstützen, das nicht Inhalt ihres Lehrplans ist? Die Gender-Perspektive wird wohl in keinem aktuellen Lehrplan zu finden sein.

Ich wünschte mir eine Elternbewegung, die sich aktiv gegen diese Manipulation unserer Kinder stellt! Entweder besuchen die Kinder einen Beruf, der ihnen zusagt, oder die Kinder nehmen nicht am Unterricht teil. Es ist nämlich so, dass die Lehrer an diesem Tag den Auftrag haben, die Kinder, die nicht einen Berufsbesuch machen, im Unterricht mit der Gender-Perspektive vertraut zu machen. Ebenfalls stehen die Aufarbeitungslektionen unter diesem Motto. Genau nachfragen, was im Unterricht besprochen wird, lohnt sich!

Lehrplan 21: Gender-Konzept – oder familienfreundlich?

F.K., Bern

In der Plenarversammlung vom 18.03.2010 zu den Grundlagen für den Lehrplan 21 (Seite 22) wird festgehalten:

«Die Einarbeitung der Gender- und Gleichstellungsperspektive wird allen Fachbereichsteams ins Pflichtenheft geschrieben. Mit einem Expertinnen- und Expertenauftrag wird die Erfüllung dieses Auftrags gesichert.»

Die Konzeption «Gender» geht auf den Sexualwissenschaftler John Money zurück (der u.a. Pädophilie und perverse Sexualpraktiken befürwortete). Hartnäckig wird seither im Gender-Mainstream wiederholt, dass Männlichkeit und Weiblichkeit nur «sozial konstruierte» und deshalb beliebig veränderbare Geschlechtsrollen seien.

Wissenschaftlich ist diese längst überholte Konzeption nicht haltbar, wie z.B. der kläglich gescheiterte Geschlechtsumwandlungsversuch, welcher Money mit einem Knaben anstellte, der als glückliches Mädchen aufwachsen sollte, ja deutlich bewiesen hat. Das alles ist möglich!

Mit Gender muss es «...zur Dekonstruktion, zur Erweiterung und damit zur Auflösung des bipolaren Geschlechtermodells kommen.» So

jedenfalls bestätigen die Genderprojekte in Nordelbischen Kirchgemeinden. (Das alles ist möglich! Ingeborg Kerseffischer, Kiel, Juni 2007 S. 11.)

Die SP Schweiz und ihr Verständnis von Gender: An der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 27. Februar 2010 fordert die SP Co-Präsidentin Stefanie Boulila: Die Fachkommission «Sexuelle Orientierung und Identität» „soll das heterosexuelle Machtregime und die Zwei-Geschlechter-Ordnung in Frage stellen und bekämpfen“ (http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Diverses/Fachkommissionen/LesbenUndSchwule/votum_stefanie.pdf).

Für Boulila sind Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit politische Institutionen. Sie seien gekennzeichnet durch Machtverhältnisse die Basis des Kapitalismus und würden durch den Staat und seinem Recht geschützt. Ziel der neuen Fachkommission «Sexuelle Orientierung und Identität» sei es, innerhalb der SP ein kritisches Denken in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Normalität und Herrschaft zu fördern. Boulila will das Regime bekämpfen, welches diese Machtverhältnisse und den Minderheitenstatus schafft.

Die Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative zeigt wieder einmal mehr, wo wir stehen in der Schweiz. Wir werden gerne auf Nebenschauplätze geführt: Christen gegen Moslems, Rechts gegen Links ... Menschenrecht und Anti-Diskriminierung sind die Schlagwörter der Medien. Man kann kaum mehr seine freie Meinung äussern, ohne dass man kategorisiert wird. Ich hoffe, wir verstehen, dass wir bei jeder Abstimmung der Manipulation der Medien ausgesetzt sind. Die Aussagen der Politiker sind vielfach nicht mehr vertrauenswürdig. Wie sehr ich diese Machenschaften verabscheue, so muss ich doch eingestehen, dass wir Bürger nicht unschuldig sind an dieser Entwicklung. Passivität und Abhängigkeit, Wohlstand und Individualismus sind der Nährboden für die Manipulation. Es fehlt an Gesamtbewusstsein und sachlicher Beurteilung, was dem Allgemeinwohl nützt oder schadet. Die Zeit drängt, dass wir Schweizer Bürger die Verantwortung wieder wahrnehmen. Im Unterbewusstsein ist der Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit vorhanden. Lassen wir unsere Herzen wieder sprechen und schaffen wir auch die Passivität aus. Kurt Weber, Rebstein

«Pflichtfach Sexualekundeunterricht – Quo vadis?»

Einige Bemerkungen zur Veranstaltung «Bürger für Bürger» vom 2. Oktober 2010

Oskar Jäggi, 8304 Wallisellen

Frankfurter Schule.

Der wichtigste Ideengeber bei der Gründung der Frankfurter Schule war Erich Fromm. Er entwickelte anfangs der 30er Jahre das Konzept des autoritären Charakters, das für gut zehn Jahre das Forschungsinteresse des Instituts bestimmte. Mit diesen Forschungen liess sich die Faszination der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie des Kleinbürgertums für das Autoritäre und Faschistische verstehen und den Erfolg Hitlers plausibel erklären.

Schwerpunkt war die Ausformulierung des damals noch «sado-masochistisch» genannten autoritären Charakters, dessen Beziehung zu anderen vom Verlangen nach Macht und Herrschaft bestimmt wird. Fromm unterschied die «rationale, vernünftige, fördernde» Autorität von «irrationalen, unvernünftigen Autoritäten». Elternhaus, Schule, Kirche können liebevolle, fördernde Autoritäten sein, wenn sie den Rahmen für Kinder und Jugendliche so abstecken, dass das Kind, trotz bestimmter Entscheidungen, menschlich und seelisch wachsen kann.

Während den intensiven Forschungsarbeiten wurde es immer deutlicher, dass die das Verhalten des Menschen bestimmenden Triebströmungen nur sehr unzureichend mit einem Triebbegriff erklärt werden können (Sigmund Freud). «Die Aufgabe scheint mir zu sein», schreibt Fromm 1936 in einem Brief an Horkheimer, «die Charakter- und Triebstruktur als eine Anpassung an die vorhandenen *gesellschaftlichen* Bedingungen zu verstehen – und nicht die erogenen Zonen zur „causa“ zu machen. Die Emotionen, die ganz wesentlich das menschliche Handeln motivieren, *sind gesellschaftlich bedingt*».

Die Institutsleitung sah das nicht so. Besonders Adorno setzte alles in Bewegung, um Fromm zu diffamieren. 1939 wurde Fromm als wissenschaftlicher Leiter aus dem Institut entlassen.

«Sexuelles Verhalten unterliegt moralischer Bewertung».

Fromm befürwortete das Aufbegehren gegen die Unterdrückung der Sexualität, aber er wehrte sich gegen die Auffassung, sexuelles Verhalten unterliege keinerlei moralischer Bewertung.

«Sexuelles Verhalten ist die Auswirkung der Charakterstruktur, der besonderen Bezogenheit eines Menschen auf die Welt. Deshalb unterliegt es moralischer Bewertung.»

Das hat sogar die katholische Kirche in den vergangenen Monaten schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen. Was ist unter «moralischer Bewertung» zu verstehen? «Fürsorge, Respekt und Achtung, Verantwortung für andere sind für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft fundamentale ethische Werte. An diesen Werten muss auch das sexuelle Verhalten gemessen werden» (Erich Fromm).

«Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig. Die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Missachtung der Persönlichkeit des Menschen. Süchtige Abhängigkeit ist die Folge.»

(Sigmund Freud)

FORT mit Gender Sexualpädagogik!

Die Einführung des einheitlichen und flächendeckenden Sexualekundeunterrichts «Gender» im schweizerischen Volksschulwesen entspricht nicht dem Normen- und Wertegefüge der Mehrheit unserer Gesellschaft. Diese Einführung muss mit allen Mitteln gestoppt werden.

- Wir wollen in der Schule keine veraltete antiautoritäre Sexualerziehung.
- Wir akzeptieren verschiedene Lebensstile, aber gesellschaftlich erwünscht ist die Familie mit Kindern.
- Gleichgeschlechtliche Liebe und alle anderen Abarten von Sexualität sollen erklärt, aber nicht lebensnah dargestellt werden.
- Schulpflichtige Kinder haben noch kein Recht auf selbstbestimmte Beziehungsgestaltung.
- Schulpflichtige Kinder haben kein Recht auf Sexualität unter Gleichaltrigen.
- Es gibt keine gültigen *gesetzlichen* Grundlagen bezüglich Jugendsexualität für schulpflichtige Kinder.
- Die Erziehungsberechtigten tragen die Verantwortung.

* Die Unterschriftenbogen erhält nur der Präsident von «Bürger für Bürger» zur Einsicht.

«Der Lehrplan soll auf dem Verordnungsweg eingeführt und für alle obligatorisch werden.»

Jetzt ist es an der Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger aktiv werden. In der Schweiz wird es Mode, dass die Direkte Demokratie durch verschiedene undemokratische Einrichtungen von Bund, Kantonen und auch Gemeinden ausgehebelt wird. Erich Fromm hat sie beschrieben als irrationale anonyme Autoritäten.

BAG Bundesamt für Gesundheit
Erziehungsdirektorenkonferenz EDK
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ), mit dem inkompetenten Kompetenzzentrum «Sexualpädagogik und Schule»

glauben, uns Bürgerinnen und Bürgern sagen zu müssen, was für uns und unsere Kinder die richtige Sexualerziehung sei. Ohne dass wir gefragt werden und ein Wörtchen mitzureden hätten. Aber wir sind überzeugt:

«Ethische Grundwerte stehen über staatlichen Verordnungen!»

Wir wollen uns wehren.

Helfen Sie uns!

Unterschreiben Sie unsere

Resolution.*

Machen Sie Ihre Freunde und Bekannten aufmerksam auf unsere Aktivitäten.

Resolution abrufbar auf www.freie-meinung.ch oder mit frankiertem Couvert zu bestellen beim Verein «Bürger für Bürger», Postfach 266, 8044 Zürich, Telefon 044 350 14 71

«Sind Sie gegen Informationen über Sexualität?»

Die nachfolgende Zuschrift hat uns erreicht, die wir Ihnen zusammen mit unserer Antwort (je in gekürzter Form – vollständiger Text auf www.freie-meinung.ch), nicht vorenthalten wollen.

Sehr geehrte Verantwortliche

Bitte verschonen Sie mich mit weiteren Ausgaben Ihres in meinen Augen fragwürdigen Blatts. Ich verstehe Sie und Ihre Anliegen schlicht zu wenig. Sind Sie gegen Informationen über Sexualität? Ich bin Hausfrau, Mutter von zwei Kindern (5 + 3 J.), glücklich verheiratet. Ich bin dezidiert der Meinung, dass es - so wie freie Meinungsäusserung - auch freie Wahl der individuellen Lebensentwürfe geben sollte, ohne Wertung bzw. Abwertung. Persönlich bin ich sehr dankbar und schätze ausserordentlich die Wahlfreiheit, welche ich als Frau heute habe. Ich kann mich entscheiden, berufstätig zu sein oder zu Hause Familienarbeit zu leisten, habe die Freiheit und das Recht, mich scheiden zu lassen, meine politischen Rechte auszuüben oder mich weiterzubilden etc. Diese Errungenschaften sind nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der von Ihnen verteuflten

68-er-Bewegung zu sehen. Hätte die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung Ihre gesellschaftliche und politische Haltung vertreten, wäre ich als Frau heute noch als Bürgerin zweiter Klasse und von Leuten wie Ihnen diskriminiert.

Sehr dankbar bin ich auch, dass ich immer heterosexuell empfand. Das ist eine grosse Erleichterung meines Lebens, nämlich wegen Menschen Ihrer Gesinnung. Wäre ich Lesbe, dann würde ich nicht in Ihr Konzept passen, Sie würden mich ablehnen, mich gar diskriminieren oder möglicherweise gar verteuflern? Ich könnte doch gar nichts dafür, dass ich so fühlte. Deshalb bin ich so dankbar, dass ich das Glück habe, Ihrem traditionellen Frauen- und Familienbild zu entsprechen. Ansonsten hätte ich viel mehr Probleme in meinem Leben. Wäre ich lesbisch oder sonst irgendetwas, wäre ich jedoch noch derselbe denkende und empfindende Mensch und so, wie Gott mich gemeint hätte und er würde mich bestimmt genau so lieben, wie ich dann wäre, mit meinem ganzen Wesen. Und dazu gehört ja bekanntermassen auch die Sexualität.

S.W., Zürich

(Antwort auf S. 4)

Antwort an Frau W...

Besten Dank für Ihre Zeilen und es freut uns, dass Sie sich zu unserer Arbeit Gedanken gemacht haben. Jedoch sind Ihre Gedanken in einem wesentlichen Punkt stecken geblieben, nämlich dort, wo auch die meisten anderen Menschen sich nicht mehr weiter vor wagen. Sie schubladiesieren damit und hoffen, es hat sich somit erledigt und Sie müssen sich dann nie mehr damit auseinander setzen. Das ist leider falsch. Ich selbst (Vorstandsmitglied) bin Vater von zwei Kindern im Jugendalter, konfessionsfrei, politisch unabhängig, heterosexuell und Freidenker auf allen Ebenen. Bis vor ein paar Wochen kannte ich das Gender höchstens als Versuch der Gleichstellung von Mann und Frau und auch der Akzeptanz sexuell anders gelagerter Menschen. Damit hatte und habe ich auch heute keine Mühe.

Ich bin aber auch Heilpraktiker und sehe den Menschen als ein mehrgliedriges Wesen, welches sich zuerst auf der Erde zurecht finden muss und in diesen ersten rund 7 Jahren von Eltern und Schule wesengerecht begleitet sein sollte. Da gibt es schon bei der Geburt männliche und weibliche Unterschiede, die sich in den ersten Lebensjahren ganz natürlich äussern: so spielte unser Sohn nicht mit Puppen, obwohl er dies hätte tun dürfen und dies bei seiner älteren Schwester auch gesehen hat. Und umgekehrt sträubte sich meine Tochter dagegen, mit den Spielautos auf dem Teppich herum zu kurven und dabei Motorengeräusche zu machen. Und andere typische männliche und weibliche Auffälligkeiten,

die Sie sicherlich auch kennen, zeigten die beiden, obwohl wir keines der Kinder geschlechtstypisch erzogen haben, sondern beide neutral/gleich. Aber Gender sagt: der Mensch wird nicht als Mann oder Frau geboren, sondern wird dazu gemacht, was ein Eingriff in die gesunde Entwicklung des Kindes sei und verboten werden müsste.

Mit 4–5 Jahre haben meine Kinder noch keine sexuellen Interessen gezeigt. Sie wollten noch nichts wissen von Bienchen und Blümchen. Das erwacht nun in der Pubertät. Aber Gender will den Sexualkundeunterricht in den Vorschulen obligatorisch (da haben Eltern nichts mehr zu sagen) einführen. Könnten Sie damit umgehen, wenn Ihr 7-jähriges Kind nach Hause kommt und sagt: «Mama, jetzt weiss ich wies geht. Jetzt brauche ich nur noch einen Freund.» Ein zu frühe Sexualisierung kann das Wesen des jungen, noch in der «Formung» und Reifung stehende Kind wesentlich beeinflussen, meist zum Negativen.

Jemanden Schwuler oder Lesbe zu nennen (schimpfen), wäre etwa gleich schlimm, wie jemanden einen Antisemit zu rufen. Gender will dies gesetzlich so verankern und alle sexuellen Neigungen gleichstellen. Ich für meinen Teil beobachte gerne die Natur, wie harmonisch dort alles abläuft. Bei Mann und Frau hat es so gewisse Unterschiede, die zumindest körperlich gut zusammenpassen. Dies fehlt bei der gleich geschlechtlichen Beziehung. Immer noch naturgetreu? Für uns sind dies keine schlechten oder kranken Menschen. Sie sind aber nicht so, wie die

Natur dies vorgesehen hat. Sie sind anders, was ja auch ihre äussere Ausdrucksweise klar zu erkennen geben kann. Wir bekämpfen diese in keiner Art und Weise, aber wir lassen nicht zu, dass Randgruppen einen so starken Einfluss auf unsere Kinder erhalten. Oder dürfen wir dafür sorgen, dass Moslems, Juden, Hindus oder andere nun den Religionsunterricht bei Ihren Kindern übernehmen? Dies hat nichts mit Vorurteilen zu tun. Andersgläubige werden von uns voll akzeptiert, wenn auch der entsprechende Glaube sich nicht mit unseren Ansichten decken muss und deshalb nicht so ohne weiteres respektiert wird. Bitte beachten Sie auch, dass wir nicht gegen etwas kämpfen, sondern dass wir informieren, Information neutral weiter geben. Wer will, kann unsere Argumente prüfen. Eine eigene Meinung kann nur aus der Betrachtung verschiedener Argumente entstehen.

Der Verein finanziert sich aus den Mitgliederbeiträgen und Spenden. Kein Geldadel oder dergleichen spielt bei uns eine Rolle. Aber vielleicht sollten Sie sich mal ansehen, wie die Gegenseite sich finanziert. Gender wird von höchster Stelle finanziert und hintenherum eingeführt. So sieht man dann schnell einmal, wer welche fütternde Hand sicherlich nicht beissen wird.

Vielleicht erachten Sie unsere Arbeit als störend, das ist Ihr gutes Recht. Ihre Adresse streichen wir natürlich aus unserer Datenbank. Aber unsere Aufklärung lassen wir uns nicht verbieten.

Verein «Bürger für Bürger»

Bürgerinnen und Bürger

schreiben...

Dieses «Forum» steht allen Bürgerinnen und Bürgern zum Gedankenaustausch offen.

Der Vorstand «Bürger für Bürger» übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt. Leserbriefe bitte senden an: info@freie-meinung.ch

Kasperltheater auf höchstem Niveau

Tratra Trallala, Tratra Trallala ... Klingt Ihnen sicherlich aus Ihrer Kinderzeit noch in den Ohren. Nun, das was die letzten beiden Septembertage in Bern ab- oder auch angelaufen ist, ist nichts anderes als ein widerliches Theater. Empörend ist, dass dabei sehr viel vom Volk hart erarbeitetes Geld verschleudert wird. Dabei sind die Darbietungen eher nervig als unterhaltend. Wenn ich ins Theater gehe, dann freiwillig. An der Kasse zahle ich den Betrag, den ich auszugeben bereit bin. Danach gehe ich entsprechend gelaunt nachhause. Das war's. Aber das Theater in Bern, das muss ich mitfinanzieren, obwohl ich dazu keine Lust habe. Ich bin nicht länger bereit, diesen Möchtegerngrossen meine Steuern in ihren Zauberhut zu schmeissen, aus dem sie immer wieder unglaubliche Dinge hervorzaubern.

Akt eins: Die Bundesratswahl vom 22. September. Eine Schmierkomödie, an der Sommaruga als «Volksverbundene» gewählt wurde. (Volk, bleib ja ruhig): Sie erhielt aber ein Departement, welches sie als Maulkorb versteht. Dafür würde Ammann-Schneider auf Befehl (ups, ist ja auch kein Wunsch) der Economie Suisse wunschgemäss eingesetzt. So jedenfalls die Politologin Regula Stämpfli in den Wandelhalleninterviews von SFDRS. Sie offenbarte, die Economie Suisse habe die Weisung (man lasse sich dies auf der Zunge vergehen) herauszugeben, Ammann-Schneider zu wählen. Tja, wer denkt, damit sei es nun vorbei und gewesen, der irrt.

Akt zwei: Altbundesrat Joseph Deiss und Bundesrätin Doris Leuthard bedauern anlässlich der UNO Vollversammlung in Bern, dass die G20 wohl international einiges an Kraft besäßen, aber zu wenig, um genügend zu erreichen (nach welchem Gusto, wird nicht erklärt). Es brauche – Sie hören recht – die Einweltregierung. Deiss fordert in seiner Antrittsrede die globale Regierungsführung (französisch:

«gouvernance mondiale»). Leuthard stimmte ihm pflichtbewusst zu. Wahrlich tolle Aussichten, wenn das Schweizer Volk von unserer Landesregierung einer fremden geldgierigen und unmenschlichen Macht zum Frass vorgeworfen wird! Noch haben wir in der Schweiz einigermaßen funktionierende Volksrechte. Mit der Weltregierung werden wir eine Diktatur haben, welche in der Menschheitsgeschichte noch keinen Vergleich kennt.

Ach ja, Akt drei folgt zugleich: Den Einen wurde ein Wunschdepartement für die neugewählten Bundesräte versprochen. Aber da hat wohl einer dem anderen die lange Nase gezeigt. So stritten sie sich und zerren einander vor Gericht. Ein Kampf der Egos (nicht zu verwechseln mit Titanen), der nur Geld kostet! Und raten Sie mal, wessen Geld? Falsch! Das der Parteien. Und wer denen Geld in den Rachen wirft, ist eh selber schuld. Deshalb kann ich hier nur traurig den Kopf schütteln.

Akt vier: Volksunterhaltung, äh, tschuldigung, Volksunterhaltung meinte ich natürlich ...

Daniel Trappitsch, Domat/Ems

«Club Helvétique»: Eine heuchlerische Betitelung!

Der wohlklingende Namen lässt an eine patriotische, demokratisch breit abgestützte Vereinigung denken. Aber leider: Der Schein trügt!

In Tat und Wahrheit tarnt «Club Helvétique» lediglich die beiden, bekanntlich am extrem linken Rand politisierenden Exponenten Nationalrat Andreas Gross und Georg Kreis. Prof. Kreis hat sich als Präsident der Anti-Rassismus-Kommission entsprechend profiliert; Andreas Gross als «Papst» der Direkten Demokratie.

Bei «Club Helvétique» kommt einem spontan das Märchen vom Rotkäppchen und dem bösen Wolf, welcher sich zur Tarnung als die liebe Grossmutter verkleidet und sich hilflos in deren Bett gelegt hatte,

in den Sinn. Dabei haben wir es hier gleich mit zwei als Grossmutter verkleideten Ungeistern zu tun. Belege dafür gib't unzählige: Beide tun nach aussen so, als ob ihnen unsere Direkte Demokratie wichtig sei und am Herzen liege. Gleichzeitig bekennen sie sich aber mit Aussprüchen wie «Etwas stimmt nicht mit der Demokratie in der Schweiz» (Andreas Gross, 2. Landhausversammlung) unmissverständlich für den Vorrang des Völkerrechts, der Europäischen Menschenrechtskonvention usw. vor unseren schweizerischen Freiheitsrechten wie der Volksinitiative.

Nach dem Motto: Die zentralistische Macht ist unfehlbar und hat immer recht, Punkt! werden nicht unseren Bürger- und Freiheitsrechten, sondern der politischen Macht das Wort geredet.

Der «Club Helvétique» wurde mit dem obersten Ziel gegründet, den direktdemokratischen Volksentscheid – den Bau weiterer Minarette in der Schweiz zu verbieten – rückgängig zu machen und weitere nicht genehme Volksentscheide zukünftig zu verhindern. Scheinheilig behauptet Nationalrat Gross, er akzeptiere diesen Volksentscheid, das Minarettverbot, was ihm natürlich niemand glaubt, solange er gleichzeitig argumentiert: «Eine Mehrheit des Volkes könne doch nicht über eine Minderheit bestimmen». Es ist nicht nur äusserst bedenklich, sondern ebenso heuchlerisch und verwerflich vom «Club Helvétique», dass er nun zusammen mit seinen Trabanten «Amnesty International», «Friedensrat», «Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz», «Humanrights» und die «Internationale Gesellschaft für Menschenrechte» über ein Volksbegehren (Unterschriftensammlung) mit linkischer juristischer Spitzfindigkeit versucht, Menschenrechte gegen unsere Direkte Demokratie auszuspielen, bzw. uns Bürgerinnen und Bürger gegen das Schweizerische Initiativ- und Referendumsrecht aufzuhetzen!

Marcus Stoercklé jun., Basel